

Grundkurs StPO

Volk / Engländer

10., neu bearbeitete Auflage 2021
ISBN 978-3-406-77299-3
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Volk/Engländer
Grundkurs StPO


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Grundkurs StPO

begründet von

Dr. iur. Dr. h. c. Klaus Volk

em. o. Professor an der Ludwig-Maximilians-Universität München

ab der 8. Auflage allein fortgeführt von

Dr. Armin Engländer

o. Professor an der Ludwig-Maximilians-Universität München

10., neu bearbeitete Auflage 2021


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



Zitervorschlag: *Volk/Engländer* GK StPO § Rn.

**beck-shop.de**
DIE FACHBUCHHANDLUNG
www.beck.de

ISBN Print 978 3 406 77299 3
ISBN E-Book 978 3 406 77300 6

© 2021 Verlag C.H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck und Bindung: Druckerei C.H. Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)

Satz: Jung Crossmedia Publishing GmbH
Gewerbstraße 17, 35633 Lahnau

Umschlaggestaltung: Druckerei C.H. Beck


chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 10. Auflage

Seit dem letzten Erscheinen dieses Kurzlehrbuchs im Jahr 2018 wurde die StPO an verschiedenen Stellen wiederum nicht unwesentlich verändert. Zu nennen sind hier u.a. das „Gesetz zur Stärkung des Rechts des Angeklagten auf Anwesenheit in der Verhandlung“ vom 17.12.2018, das „Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/680 im Strafverfahren sowie zur Anpassung datenschutzrechtlicher Bestimmungen an die Verordnung (EU) 2016/679“ vom 20.11.2019, das „Gesetz zur Neuregelung des Rechts der notwendigen Verteidigung“ vom 10.12.2019, das „Gesetz zur Durchführung der Verordnung (EU) 2017/1939 des Rates vom 12. Oktober 2017 zur Durchführung einer Verstärkten Zusammenarbeit zur Errichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft und zur Änderung weiterer Vorschriften“ vom 10.7.2020, das „Gesetz zur Bekämpfung sexualisierter Gewalt gegen Kinder“ vom 25.3.2021, das „Gesetz zur Anpassung der Regelungen über die Bestandsdatenauskunft an die Vorgaben aus der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 27. Mai 2020“ vom 30.3.2021, das „Gesetz zur Durchführung der Verordnung (EU) 2019/816 sowie zur Änderung weiterer Vorschriften“ vom 20.5.2021, das – vom Bundesrat allerdings (Stand: Juli 2021) noch nicht ratifizierte – Gesetz „zur Erweiterung der Wiederaufnahmemöglichkeiten zuungunsten des Verurteilten gemäß § 362 StPO (Gesetz zur Herstellung materieller Gerechtigkeit)“ vom 25.6.2021 sowie insbesondere das „Gesetz zur Modernisierung des Strafverfahrens“ vom 10.12.2019 und das „Gesetz zur Fortentwicklung der Strafprozessordnung und zur Änderung weiterer Vorschriften“ vom 25.6.2021. Bei Letzterem stand wie schon bei früheren Änderungsgesetzen ganz das Ziel der Effektivitätssteigerung, d. h. der schnelleren Erledigung – auch auf Kosten der schützenden Formen des Prozesses –, im Vordergrund.

Aus der aktuellen Rechtsprechung seien hier nur einige besonders bedeutsame Entscheidungen genannt: die jüngste Entscheidung des EGMR zur Tatprovokation (EGMR BeckRS 2020, 28627), die Beschlüsse des BVerfG zur Sicherstellung von Unterlagen aus unternehmensinternen Untersuchungen (BVerfG NJW 2018, 2385) sowie zur Verfassungsmäßigkeit des Verständigungsgesetzes und zum Erfordernis der ausdrücklichen und nicht bloß konkludenten Zustimmung der Staatsanwaltschaft zur Verständigung (BVerfG Beschl. v. 29.4.2021 – 2 BvR 1543/20) sowie die Entscheidungen des BGH zum Versenden „stillere SMS“ zur Ermittlung von Standortdaten (BGHSt 63, 82), zur Strafvereitelung des Verteidigers durch das Vereiteln der Beschlagnahme von Geschäftsunterlagen, für die kein Beschlagnahmeverbot besteht (BGHSt 63, 174), zur Widerspruchsbliegenheit bei Beweisverwertungsverböten, die aus Fehlern bei der Durchsuchung resultieren (BGH NJW 2018, 2279), zum heimlichen Zugriff auf beim Provider zwischen- oder endgespeicherte („ruhende“) E-Mails (BGH NJW 2021, 1252) und zum Verstoß gegen nemo tenetur bei Mithören von selbstbelastenden Äußerungen im Rahmen einer ärztlichen Untersuchung (BGH NStZ 2019, 36).

Die Ziele des Lehrbuchs sind unverändert: Studierende (und auch Referendare) mit der Struktur, den Akteuren und der Ausgestaltung des Strafverfahrens bekanntzumachen, über die aktuellen Entwicklungen in Gesetzgebung und Rechtsprechung zu informieren und dabei die Stoffmenge im Rahmen zu halten. Wie schon bisher beschränken

sich die Nachweise, um das Buch nicht mit Fußnoten zu überfrachten, weitgehend auf die wesentliche Rechtsprechung und die Kommentarliteratur. Wer es an dem einen oder anderen Punkt genauer wissen und sich vertieft mit den zu einem Problem vertretenen Auffassungen aus dem Schrifttum befassen möchte, sei hier auf die Kommentare verwiesen.

Ein großes Dankeschön für Hilfe und Unterstützung bei der Erstellung der 10. Auflage gilt meinem gesamten Lehrstuhlteam, vor allem der wissenschaftlichen Mitarbeiterin Frau *Lara Heptner* sowie den studentischen Hilfskräften Frau *Philine Kieslich*, Frau *Carlotta Kuchlmayr*, Frau *Marie Müller-Elmau*, Frau *Tanja Oldach*, Frau *Elisabeth Tschärke*, Herrn *Jakob Dittrich*, Herrn *Adomas Jankauskis*, Herrn *Christian Rubenwolf* und Herrn *Elias Zimmermann* sowie last but not least meiner Sekretärin Frau *Maryam Scherf*. Alle Leserinnen und Leser sind herzlich eingeladen, sich mit Vorschlägen, Kritik und Lob unter armin.englaender@jura.uni-muenchen.de an mich zu wenden.

München, im Juni 2021

Armin Engländer



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Aus dem Vorwort zur 1. Auflage

Ich hatte die Studierenden im Blick (und die Referendare nicht übersehen), die mit dem Strafverfahrensrecht von vorne anfangen und sicher sein wollen, dass sie am Ende, wenn sie dieses Buch durchgearbeitet haben, im Examen bestehen können. Das Lernziel muss sein, mit möglichst wenig Wissen möglichst viele Probleme lösen zu können. Die erworbenen Kenntnisse wird man nur erfolgreich umsetzen, wenn man begriffen hat, wie in einem Strafverfahren gearbeitet, gedacht und entschieden wird. Das Buch soll deshalb vor allem die Fähigkeit vermitteln, prozessual zu denken. Aus diesem Grunde ist es am Gang des Verfahrens orientiert. Man hat, wenn man ein Lehrbuch zur StPO schreibt, nur die Wahl zwischen zwei jeweils unbefriedigenden Ordnungsprinzipien. Folgt man strikt dem Verfahrensablauf, lassen sich die „Institutionen“ nicht geschlossen darstellen; zieht man es aber vor, sich an diesen Institutionen, Prozessprinzipien etc. zu orientieren, zerreißt man den Verfahrensgang. Alle StPO-Lehrbücher schließen Kompromisse. Hier wurde der Akzent auf die Chronologie des Verfahrens gelegt. Ich habe mit vielen Beispielen und kleinen Fällen gearbeitet und versucht, nichts ohne Begründung stehen zu lassen. Das Buch geht nur so sehr in die Details, wie es nötig ist, um die Grundzüge und Strukturen zu beherrschen. Andererseits kommen auf diese Weise so viele Fragen zur Sprache, dass auch Referendare ihren Nutzen haben werden. Im Anhang gibt es Hinweise zur Kommentierung, wie ich sie auch in der Vorlesung gebe.

Das waren, aus meiner Sicht, die Vorzüge, die das Buch haben soll. Nun zu den Mängeln, die es sicher hat. Es enthält sehr wenige Literatur-Zitate. Ich halte ein Elementarbuch nicht für den geeigneten Ort, wissenschaftliche Dispute auszutragen. Wer sich für weitere Begründungen oder Gegenansichten interessiert, wird die entsprechenden Hinweise aufgreifen. Man möge es mir bitte nicht als Zeichen von Arroganz oder Ignoranz auslegen, dass so viele Autoren nicht einmal genannt, geschweige denn verarbeitet sind. Die Gefahr, dass man mir „unwissenschaftliche“ Arbeitsweise vorwerfen könnte, habe ich gesehen und billigend in Kauf genommen. Verglichen mit dem wissenschaftlichen Schrifttum, wird relativ häufig auf Kommentare und viel auf die Rechtsprechung verwiesen. Das mag mit meinem Faible für die Praxis zu tun haben, sorgt aber jedenfalls dafür, dass die herrschende Meinung gebührend dokumentiert wird. Wo ich sie nicht teile, kommt sie dennoch zur Geltung. Äußerst selten nur habe ich meine Sympathie für abweichende Ansichten offenbart, weil es in einem Kurzlehrbuch zu viel Raum eingenommen hätte, sie zu begründen und dadurch die Proportionen verschoben würden. Bei den Nachweisen aus der Rechtsprechung habe ich lange Zitat-Reihen vermieden und mich bemüht, jeweils den ersten grundlegenden Fall und die jüngste wichtige Entscheidung zu nennen. Gerne hätte ich mehr über die Revision gesagt, anhand von Fällen gezeigt, wie dieses Rechtsmittel funktioniert und wie man es erfolgreich betreiben kann. Das hätte zwar den Leser, wie ich ihn mir vorstelle, nicht überfordert, aber den Zuschnitt des Buches zu sehr verändert.

Klaus Volk

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 10. Auflage	V
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXV
Literaturverzeichnis	XXIX
§ 1. Der Strafprozessrechtsfall	1
§ 2. Strafprozessrecht und materielles Strafrecht	2
§ 3. Die Ziele des Strafverfahrens	3
§ 4. Der Gang des Verfahrens	6
§ 5. Die Gerichte: Verfassung, Organisation und Zuständigkeit	8
§ 6. Die Staatsanwaltschaft: Organisation und Rechtsstellung	19
§ 7. Die Polizei	25
§ 8. Das Ermittlungsverfahren	30
§ 9. Der Beschuldigte	36
§ 10. Eingriffe und Zwangsmaßnahmen	54
§ 11. Der Verteidiger	98
§ 12. Die Abschlussverfügung der Staatsanwaltschaft	115
§ 13. Die Tat	132
§ 14. Die Prozessvoraussetzungen	140
§ 15. Die Prozesshandlungen	151
§ 16. Das Zwischenverfahren	161
§ 17. Das Hauptverfahren (Überblick)	167
§ 18. Die Prozessmaximen	175
§ 20. Die Prozessbeteiligten	199
§ 21. Die Beweismittel	205
§ 22. Grundbegriffe des Beweisrechts	223
§ 23. Beweisführung und Beweisverfahren	224
§ 24. Die Aufklärungspflicht, § 244 Abs. 2	229
§ 25. Das Beweisantragsrecht	231
§ 26. Die Mündlichkeit der Beweisaufnahme	243
§ 27. Die Unmittelbarkeit der Beweisaufnahme	247
§ 28. Die Beweisverbote	264
§ 29. Die freie Beweiswürdigung	283
§ 30. Das abgesprochene Urteil – Verständigung im Strafverfahren	287
§ 31. Das Urteil	295
§ 32. Die Rechtskraft	300
§ 33. Besondere Verfahrensarten	304
§ 34. Rechtsmittel: Allgemeine Regeln	309
§ 35. Die Berufung	318
§ 36. Revision	322
§ 37. Die Beschwerde	338
§ 38. Die Wiederaufnahme des Verfahrens	341
§ 39. Die Beteiligung des Verletzten am Verfahren	347
§ 40. Die Kosten des Verfahrens	357

Kommentierungshinweise	361
Lösungshinweise für die Fälle und Fragen	365
Sachverzeichnis	397


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

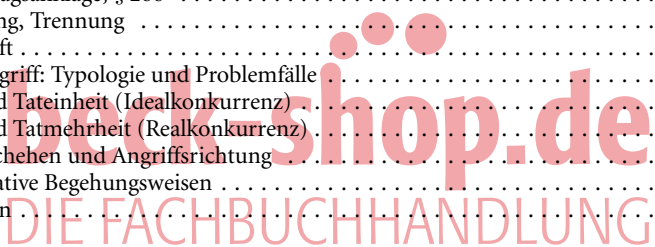
Vorwort zur 10. Auflage	V
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXV
Literaturverzeichnis	XXIX
§ 1. Der Strafprozessrechtsfall	1
§ 2. Strafprozessrecht und materielles Strafrecht	2
<i>Übersicht 1: Aufbau des Strafrechts</i>	2
§ 3. Die Ziele des Strafverfahrens	3
<i>Übersicht 2: Ziele des Strafverfahrens</i>	3
I. Defizit Wahrheit	4
II. Defizit Gerechtigkeit	4
III. Defizit Rechtsfrieden	4
IV. Der Weg zum Ziel	5
Fälle und Fragen	5
§ 4. Der Gang des Verfahrens	6
<i>Übersicht 3: Der Gang des Verfahrens</i>	6
Fälle und Fragen	7
§ 5. Die Gerichte: Verfassung, Organisation und Zuständigkeit	8
I. Das Gerichtsverfassungsrecht	8
1. Art. 92 GG	8
2. Art. 97 GG	8
3. Art. 101 GG	9
II. Die Organisation der Gerichte	9
III. Die Zuständigkeit der Gerichte in erster Instanz	10
1. Überblick	10
2. Die sachliche Zuständigkeit des Amtsgerichts	10
3. Die sachliche Zuständigkeit des Landgerichts	11
4. Die Zuständigkeit des Oberlandesgerichts	12
5. Die Laienrichter	12
6. Die örtliche Zuständigkeit (Gerichtsstand)	13
IV. Die Zuständigkeit in Rechtsmittelsachen	14
1. Das Landgericht	14
2. Das Oberlandesgericht	14
3. Der Bundesgerichtshof	15
V. Internationale Straferichte	15
1. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR)	15
2. Der Europäische Gerichtshof (EuGH)	16
3. Der Internationale Strafgerichtshof (IStGH)	16
Fälle und Fragen	17
<i>Übersicht 4: Gerichts Aufbau in Strafsachen (Erwachsenenstrafrecht)</i>	18

§ 6. Die Staatsanwaltschaft: Organisation und Rechtsstellung	19
I. Die Funktion der Staatsanwaltschaft im Ablauf des Strafverfahrens	19
II. Der Aufbau der Staatsanwaltschaft	19
III. Der Staatsanwalt als Beamter	20
1. Der hierarchische Aufbau	20
2. Das Weisungsrecht	20
<i>Übersicht 5: Weisungsrechte</i>	20
3. Das Substitutionsrecht	20
4. Das Devolutionsrecht	21
<i>Übersicht 6: Devolutionsrecht</i>	21
IV. Das Amt des Staatsanwalts	21
1. Die Prinzipien	22
2. Der Freiraum des Staatsanwalts	22
3. Die Bindung der Staatsanwaltschaft an die Rechtsprechung	23
V. Die Rechtsstellung der Staatsanwaltschaft	23
VI. Die europäische Staatsanwaltschaft	24
Fälle und Fragen	24
§ 7. Die Polizei	25
I. Die Organisation	25
II. Polizei und Staatsanwaltschaft	27
<i>Übersicht 7: Polizei und Staatsanwaltschaft</i>	29
Fälle und Fragen	29
§ 8. Das Ermittlungsverfahren	30
I. Die Kompetenzen	30
1. Die Verfahrensherrschaft	30
2. Der Ermittlungsrichter	30
II. Der Verdacht	31
<i>Übersicht 8: Verdacht</i>	31
III. Verdacht und Unschuldsvermutung	31
IV. Der Anfangsverdacht	32
1. Der Begriff	32
2. Die Quellen: Strafanzeige, Strafantrag und andere	34
<i>Übersicht 9: Strafantrag als Prozessvoraussetzung</i>	35
Fälle und Fragen	36
§ 9. Der Beschuldigte	36
I. Der Begriff, Vernehmung, Belehrung	36
1. Der Begriff des Beschuldigten	36
2. Der Beschuldigte – der Zeuge	38
<i>Übersicht 10: Der Beschuldigte – der Zeuge</i>	38
3. „Verdächtige“	38
4. Informatorisches Befragen	38
5. Spontanäußerungen	39
6. Die Beschuldigtenvernehmung	39
7. Die Belehrungspflichten	40
8. Verwertungsverbote	41
II. Verbotene Vernehmungsmethoden	43
1. Die Grundstruktur des § 136a	43
2. Fallgruppen	43
3. Die Reichweite des Verbots	45
4. Private „Vernehmungen“	45
5. Verwertungsverbot	46

III. Die Rechte des Beschuldigten	50
1. Der Anspruch auf rechtliches Gehör	50
2. Das Recht auf Verteidigung	51
3. Beweisanträge	51
4. Das Fragerecht	51
5. Das Akteneinsichtsrecht	51
6. Das Schweigerecht	52
7. Das Anwesenheitsrecht	52
<i>Übersicht 11: Anwesenheitsrecht</i>	52
IV. Die Pflichten des Beschuldigten	53
1. Die Pflicht zum Erscheinen	53
2. Die Duldungspflicht	53
Fälle und Fragen	53
§ 10. Eingriffe und Zwangsmaßnahmen	54
I. Freie Ermittlungen	54
1. Der Grundsatz der freien Gestaltung des Ermittlungsverfahrens	54
2. Maßnahmen unterhalb der Schwelle des Eingriffs	54
II. Die Zwangsmaßnahmen im Überblick	55
<i>Übersicht 12a: Eingriffe in Grundrechte des Beschuldigten</i>	56
<i>Übersicht 12b: Eingriffe in Grundrechte Dritter</i>	57
III. Die Untersuchungshaft	57
1. Zweck	58
2. Arten	58
3. Voraussetzungen	58
4. Verfahren	60
5. Der Vollzug der U-Haft	64
6. Rechtsbehelfe	64
7. Der Europäische Haftbefehl	65
IV. Sonstige Grundrechtseingriffe	66
1. Unterbringung zur Beobachtung, § 81	66
2. Körperliche Untersuchung des Beschuldigten, § 81a	66
3. Erkennungsdienstliche Behandlung, § 81b Abs. 1	67
4. Untersuchung anderer Personen, § 81c	68
5. DNA-Analyse, §§ 81e–81h	68
6. Sicherstellung, Beschlagnahme, §§ 94ff.	70
7. Rasterfahndung, § 98a	73
8. Überwachung der Telekommunikation (einschließlich Quellen-TKÜ), §§ 100a, 100d f., und Ermittlung der Verbindungs- und Bestandsdaten, §§ 100g, 100i, 100j	74
9. Online-Durchsuchung, § 100b	80
10. Einsatz technischer Mittel und Wohnraumüberwachung, §§ 100c ff.	82
11. Durchsuchung, §§ 102ff.	84
12. Verdeckte Ermittler, §§ 110a ff.	88
13. Kontrollstellen, § 111	90
14. Vorläufige Festnahme, §§ 127ff.	90
15. Fahndung, § 131	92
16. Feststellung der Identität, §§ 163b, 163c	92
17. Netzfahndung, § 163d	92
18. Polizeiliche Beobachtung, § 163e	92
19. Längerfristige Observation, § 163f	93
20. Automatische Kennzeichenerfassung, § 163g	93
V. Rechtsschutz im Ermittlungsverfahren	93
1. Überblick	94
<i>Übersicht 13: Rechtsschutz im Ermittlungsverfahren</i>	94

2. Rechtsschutz gegen bevorstehende und andauernde Eingriffe	94
3. Rechtsschutz gegen erledigte (vollzogene) Maßnahmen	95
4. Sonderregelung, § 101 Abs. 7	96
5. Weitere Sonderfälle	97
Fälle und Fragen	97
§ 11. Der Verteidiger	98
I. Die Rolle des Verteidigers	98
II. Die Rechte des Verteidigers	99
1. Anwesenheitsrecht	99
2. Eigene Ermittlungen	100
3. Beweisantragsrecht	100
4. Erklärungen	100
5. Das Recht auf Akteneinsicht, § 147	100
6. Das Recht auf Kontakt (ungehinderten Verkehr) mit dem Beschuldigten, § 148	104
III. Die Pflichten des Verteidigers	104
1. Die Fürsprachepflicht	104
2. Die Verschwiegenheitspflicht	105
3. Die Wahrheitspflicht	105
IV. Die Rechtsstellung des Verteidigers	106
1. Organ der Rechtspflege	106
2. Mindermeinungen	106
3. Eingeschränkte Organtheorie	107
V. Die Grenzen der Verteidigung	107
VI. Notwendige Verteidigung – Pflichtverteidiger	108
<i>Übersicht 14: Notwendige Verteidigung – Pflichtverteidiger</i>	108
1. Voraussetzungen	108
2. Die Bestellung	110
3. Die Auswahl	110
4. Aufhebung der Bestellung	111
5. Pflichtverteidiger neben Wahlverteidiger	112
VII. Das Verbot der Mehrfachverteidigung, § 146	112
1. Tatidentität (S. 1)	112
2. Verfahrensidentität (S. 2)	112
3. Sukzessive Mehrfachverteidigung	113
4. Rechtsfolgen bei verbotswidriger Mehrfachverteidigung	113
VIII. Eingriffe in die Berufsfreiheit des Verteidigers	113
1. Der Ausschluss des Verteidigers, §§ 138 a ff.	113
2. Geldwäscheverdacht	114
Fälle und Fragen	114
§ 12. Die Abschlussverfügung der Staatsanwaltschaft	115
I. Überblick	115
<i>Übersicht 15: Die Abschlussverfügung der StA</i>	116
II. Die Einstellung gem. § 170 Abs. 2	117
1. Voraussetzungen	117
2. Die Bindung der Staatsanwaltschaft an die Rechtsprechung	117
3. Die Mitteilung an den Beschuldigten	118
4. Rechtskraft	118
5. Der Bescheid an den Antragsteller, § 171	118
III. Das Klageerzwingungsverfahren, §§ 172 ff.	118
1. Zweck und Anwendungsbereich	118
2. Das Verfahren	119
3. Der Verletzte	119

IV. Die Einstellung nach §§ 153 ff.	120
1. Das Opportunitätsprinzip	120
<i>Übersicht 16: Einstellung des Verfahrens</i>	122
2. § 153	122
3. § 153a	124
4. §§ 154, 154a	125
5. Kronzeugen	127
V. Die Anklage	128
1. Arten	128
2. Inhalt	128
3. Funktion	128
4. Adressat	131
Fälle und Fragen	131
§ 13. Die Tat	132
I. Der Tatbegriff: Grundlagen	132
1. Tat und Straftat	132
2. Definition	132
II. Die Funktion des Tatbegriffs	133
1. Prozessgegenstand	133
2. Die Aburteilungsbefugnis des Gerichts	133
3. Die Umgestaltung der Strafklage und die Hinweispflicht	134
4. Nachtragsanklage, § 266	135
III. Verbindung, Trennung	136
IV. Rechtskraft	137
V. Der Tatbegriff: Typologie und Problemfälle	137
1. Tat und Tateinheit (Idealkonkurrenz)	137
2. Tat und Tatmehrheit (Realkonkurrenz)	138
3. Tatgeschehen und Angriffsrichtung	138
4. Alternative Begehungsweisen	139
Fälle und Fragen	140
§ 14. Die Prozessvoraussetzungen	140
I. Die Funktion	140
II. Der Begriff	141
1. Definition	141
2. Terminologie	141
3. Struktur	142
III. Die Prozessvoraussetzungen im System von Strafrecht und Strafprozessrecht	142
1. Der systematische Standort	142
<i>Übersicht 17: Systematischer Standort von materiellem Strafrecht und</i> <i>Strafverfahrensrecht</i>	142
2. Prüfung von Amts wegen	143
3. Prüfung im Freibeweisverfahren	143
4. In dubio pro reo	143
IV. Der Katalog der Prozessvoraussetzungen/Prozesshindernisse	143
1. Gerichtsbarkeit	143
2. Zuständigkeit	144
3. Immunität	144
4. Strafmündigkeit	144
5. Tod des Beschuldigten	144
6. Verhandlungsunfähigkeit	144
7. Verjährung	145
8. Niederschlagung des Verfahrens	145



9. Strafantrag	145
10. Rechtskräftige Entscheidung	145
11. Anderweitige Rechtshängigkeit	146
12. Anklage	146
13. Eröffnungsbeschluss	146
V. Prozessvoraussetzungen, Verfahrensfehler und Verfassungsrecht	147
Die Einzelfälle:	148
1. Überlange Verfahrensdauer	148
2. Tatprovokation (agent provocateur)	148
3. Verhältnismäßigkeitsprinzip	149
4. Rechtsstaatsprinzip und fair trial	150
Fälle und Fragen	150
§ 15. Die Prozesshandlungen	151
I. Begriff	151
II. Voraussetzungen	152
III. Mängel	152
1. Irrtum	152
2. Drohung, Zwang	153
3. Unzulässige Absprachen	153
IV. Rechtsfolgen	153
1. Unwirksamkeit	153
2. Nichtigkeit	154
V. Rechtsmissbrauch und Verwirkung	155
VI. Widerruf	155
1. Urteile und Beschlüsse	155
2. Prozesstragende Entscheidungen	155
3. Einfache Prozessklärungen	156
VII. Formen	156
VIII. Fristen und Termine	157
1. Termine	157
2. Fristen	157
3. Ausschlussfristen	157
IX. Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, §§ 44 ff.	158
1. Rechtsbehelf	158
2. Fristen	158
3. Fristversäumung	158
4. Verschulden	158
5. Antrag auf Wiedereinsetzung	159
6. Rechtsfolge	159
X. Exkurs: §§ 23 ff. EGGVG	160
Fälle und Fragen	160
§ 16. Das Zwischenverfahren	161
I. Die Bedeutung	161
II. Die Zuständigkeit	161
1. Sachliche Zuständigkeit	161
2. Örtliche Zuständigkeit	162
III. Ablauf	162
1. Mitteilung der Anklageschrift, Beweiserhebungen, Beweisanträge	162
2. Pflichtverteidiger	162
3. Die Entscheidungsmöglichkeiten des Gerichts	162
IV. Der Eröffnungsbeschluss, §§ 203, 207	163

1. Voraussetzungen, § 203	163
2. Inhalt	163
3. Bestandskraft	164
4. Nachträgliche Entscheidungen	164
5. Der Eröffnungsbeschluss als Prozessvoraussetzung	164
V. Der Ablehnungsbeschluss, § 204	164
1. Voraussetzungen	164
2. Inhalt	165
3. Anfechtung	165
4. Rechtskraft	165
VI. Die vorläufige Einstellung des Strafverfahrens, § 205	165
VII. Die Einstellung des Verfahrens nach §§ 153 ff.	166
Fälle und Fragen	166
§ 17. Das Hauptverfahren (Überblick)	167
I. Die Vorbereitung der Hauptverhandlung	167
1. Terminbestimmung, § 213	167
2. Ladungen, § 214, Beweisanträge, § 219, und unmittelbare Ladung, § 220	168
3. Zustellung des Eröffnungsbeschlusses	168
4. Mitteilung der Gerichtsbesetzung, § 222a	168
5. Kommissarische Vernehmung, §§ 223, 224	169
6. Augenschein, § 225	170
II. Die Hauptverhandlung	170
1. Der äußere Ablauf	170
2. Das Verhandlungsprotokoll	173
Fälle und Fragen	175
§ 18. Die Prozessmaximen	175
<i>Übersicht 18: Prozessmaximen</i>	176
I. Das Offizialprinzip	176
1. Antragsdelikte	176
2. Ermächtigungsdelikte	177
3. Privatklagedelikte	177
II. Das Akkusationsprinzip	177
III. Das Legalitätsprinzip	178
IV. Das Opportunitätsprinzip	178
V. Das Gebot eines fairen Strafverfahrens	178
1. Deutsches Recht	178
2. EMRK	180
VI. Das Beschleunigungsgebot	180
1. Verfahrensdauer	180
2. Die Konzentrationsmaxime	180
VII. Der Untersuchungsgrundsatz	181
VIII. Der Grundsatz der freien richterlichen Beweiswürdigung	181
IX. Der Grundsatz „in dubio pro reo“	182
1. Funktion	182
2. Anwendungsbereich	183
X. Der Grundsatz der Mündlichkeit	185
XI. Der Grundsatz der Unmittelbarkeit	185
XII. Der Grundsatz der Öffentlichkeit	185
1. Die Funktion des Prinzips	185
2. Der Begriff „Öffentlichkeit“	186
3. Erweiterungen der Öffentlichkeit	186

4. Beschränkungen der Öffentlichkeit	187
5. Der Ausschluss der (gesamten) Öffentlichkeit	188
6. Film, Funk und Fernsehen	188
Fälle und Fragen	189
§ 19. Das Gericht in der Hauptverhandlung	190
I. Der Grundsatz des gesetzlichen Richters	190
II. Ausschließung und Ablehnung	190
1. Die Ausschließung	191
<i>Übersicht 19: Ausschließung (§§ 22, 23)</i>	191
2. Die Ablehnung, § 24	192
3. Das Verfahren	195
III. Die Verhandlungsleitung, § 238	197
1. Die Anordnungen des Vorsitzenden, § 238 Abs. 1	197
2. Das Beanstandungsrecht, § 238 Abs. 2	197
Fälle und Fragen	199
§ 20. Die Prozessbeteiligten	199
I. Anwesenheitsrechte und -pflichten	200
1. Hauptbeteiligte	200
2. Nebenbeteiligte	202
II. Fragerechte	203
1. Das Recht auf unmittelbare Befragung	203
2. Die Zurückweisung von Fragen, § 241 Abs. 2	203
3. Die Entziehung des Fragerechts	204
4. Rechtsbehelfe	204
Fälle und Fragen	204
§ 21. Die Beweismittel	205
I. Der Zeuge, §§ 48 ff., 85	205
1. Die Prozessrolle	205
2. Die Pflichten	206
3. Die Zeugnisverweigerungsrechte, §§ 52 ff.	209
4. Das Auskunftsverweigerungsrecht, § 55	211
5. Der Zeugenschutz	212
6. Die Vernehmung des Zeugen	213
7. Verfahrensbeteiligte in der Rolle des Zeugen	214
8. Der sachverständige Zeuge, § 85	216
II. Der Sachverständige	216
1. Die Rolle des Sachverständigen und seine Aufgaben	216
2. Auswahl und Bestellung	217
3. Anknüpfungstatsachen, Befundstatsachen, Zusatzstatsachen	218
4. Die Pflichten des Sachverständigen	219
III. Augenschein	219
1. Begriff	219
2. Objekte	220
3. Richter und Augenscheinsgehilfen	220
<i>Übersicht 20: Persönliche Beweismittel</i>	221
IV. Urkundenbeweis	221
1. Der Begriff der Urkunde	222
2. Die Formen des Urkundenbeweises	222
3. Die Notwendigkeit des Urkundenbeweises	222
Fälle und Fragen	223

§ 22. Grundbegriffe des Beweisrechts	223
§ 23. Beweisführung und Beweisverfahren	224
I. Tatsachen	224
1. Haupttatsachen, Indizien, Hilfstatsachen	225
2. Erfahrungssätze	226
II. Beweisverfahren	226
1. Strengbeweis	226
2. Freibeweis	227
III. Beweisbedürftigkeit	228
Fälle und Fragen	228
§ 24. Die Aufklärungspflicht, § 244 Abs. 2	229
I. Ziel	229
II. Umfang	229
III. Adressat	230
IV. Inhalt	230
§ 25. Das Beweisantragsrecht	231
I. Grundlagen	231
II. Begriff	231
1. Beweisanträge, Beweisermittlungsanträge, Beweisanregungen	231
<i>Übersicht 21: Beweisantrag</i>	232
2. Eventualbeweisantrag, Hilfsbeweisantrag	234
III. Form und Zeitpunkt	234
IV. Die Ablehnung von Beweisanträgen	235
1. Überblick	235
2. Die Ablehnungsgründe, § 244 Abs. 3	236
3. Die Ablehnung nach § 244 Abs. 4 (Sachverständige)	240
4. Augenschein, Auslandszeugen und Verlesung eines Ausgangsdokuments, § 244 Abs. 5	241
5. Präsenze Beweismittel, § 245	242
6. Der Ablehnungsbeschluss, § 244 Abs. 6	242
Fälle und Fragen	243
§ 26. Die Mündlichkeit der Beweisaufnahme	243
I. Verlesung von Urkunden	244
II. Der formfreie Vorhalt	244
III. Audiovisuelle Vernehmung	245
1. Die Simultan-Aufzeichnung, § 58a	245
2. Die simultane Bild-Ton-Vernehmung außerhalb der Hauptverhandlung, §§ 58b, 168e	246
3. Die simultane Bild-Ton-Vernehmung und ihre Aufzeichnung in der Hauptverhandlung, § 247a	246
4. Die Verwertung der Aufzeichnungen	246
Fälle und Fragen	247
§ 27. Die Unmittelbarkeit der Beweisaufnahme	247
I. Grundregeln	247
II. Urkundenbeweis neben Personalbeweis	247
III. Die Verlesung von Protokollen, §§ 251 ff.	248
1. Verlesung bei Abwesenheit, § 251	248
2. Verlesung nach Zeugnisverweigerung, § 252	250

<i>Übersicht 22: Verlesung nach Zeugnisverweigerung</i>	255
3. Verlesung zur Behebung von Erinnerungslücken und Widersprüchen, § 253	255
4. Verlesung und Vorführung von Geständnissen, § 254	255
5. Verlesung der Gutachten und Erklärungen von öffentlichen Behörden oder Ärzten, § 256	256
6. Bild-Ton-Vorführung aufgezeichneter Zeugenvernehmungen, § 255a	258
IV. Der Zeuge vom Hörensagen	258
V. Verdeckte Ermittlungen	259
1. Die strafrechtliche Seite	259
2. V-Personen, Informanten, noeP und verdeckte Ermittler	260
3. Die Sperre des Zeugen	261
4. Die Stufentheorie	261
5. Die gerichtliche Überprüfung der Sperrerklärung	263
Fälle und Fragen	263
§ 28. Die Beweisverbote	264
I. Begriff	264
1. Beweiserhebungsverbote	264
2. Beweisverwertungsverbote	265
II. Die Funktion der Beweisverbote	266
III. Die Konstruktion der Beweisverbote	266
1. Rechtskreistheorie	267
2. Die Lehre vom Schutzzweck der Norm	267
3. Die Abwägungslehre	268
4. Die Lehre vom Informationsbeherrschungsanspruch	268
5. Zusammenfassung	269
6. Der hypothetische Ermittlungsverlauf	269
IV. Die Einzelfälle: Unselbständige Beweisverwertungsverbote	270
1. Die Zeugenaussage ohne Belehrung nach § 52 Abs. 3	270
2. Die Vertrauensperson (§ 53) verletzt die Schweigepflicht (§ 203 StGB)	271
3. Die Zeugenaussage ohne Genehmigung, § 54	271
4. Zeugenaussage ohne Belehrung nach § 55 Abs. 2	271
5. Der Verstoß gegen ein Beschlagnahmeverbot, § 97	272
6. Zeugnisverweigerung in der Hauptverhandlung, § 252	272
7. Die fehlerhafte Belehrung des Beschuldigten	272
8. Verbotene Vernehmungsmethoden, § 136a Abs. 3	273
9. Der Beschuldigte in der „Hörfalle“	273
10. Das vereitelte Anwesenheitsrecht des Beschuldigten, §§ 168c Abs. 2, 168d Abs. 1	273
11. Körperliche Untersuchung, § 81a	274
12. Telekommunikationsüberwachung, §§ 100a, 100d	274
13. Durchsuchung, §§ 102 ff.	274
14. Beweismittel aus „legendierten Kontrollen“	275
15. Verdeckte Ermittlungen	276
16. Private Ermittlungen	277
V. Die Einzelfälle: Selbständige Beweisverwertungsverbote	278
1. Tagebücher und Gespräche	279
2. Tonbänder, Fotos, Videos	280
3. Das Schweigen des Beschuldigten	281
VI. Die Fernwirkung der Beweisverbote („fruit of the poisonous tree“)	281
Fälle und Fragen	282

§ 29. Die freie Beweiswürdigung	283
I. Begriff und Grenzen	283
1. Freiheit und Bindung	283
2. Umfassende Beweiswürdigung	284
3. Überzeugung und naturwissenschaftliche Erkenntnisse	284
II. Die Ausnahmen	285
1. Beweisregeln	285
2. Beweisverbote	285
3. Das Schweigen des Beschuldigten	285
4. Die Verweigerung des Zeugnisses	286
Fälle und Fragen	287
§ 30. Das abgesprochene Urteil – Verständigung im Strafverfahren	287
I. Grundzüge	287
II. Die gesetzlichen Voraussetzungen	288
III. Die Bindungswirkung	291
IV. Ungültige Absprachen	293
Fälle und Fragen	295
§ 31. Das Urteil	295
I. Begriffe	295
II. Das Prozessurteil	295
1. Entscheidungsreife	295
2. Konkurrenz	296
III. Das Sachurteil	296
1. Die Regel: Verurteilung oder Freispruch	296
2. Die Ausnahme: Teilfreispruch	296
IV. Beratung und Abstimmung	297
V. Die Urteilsverkündung	297
VI. Inhalt und Aufbau des Urteils	298
1. Urteilsengang	298
2. Urteilstenor (=formel, -spruch)	298
3. Paragraphenliste	298
4. Urteilsgründe	298
<i>Übersicht 23: Aufbau der Urteilsgründe</i>	298
5. Unterschrift	299
Fälle und Fragen	299
§ 32. Die Rechtskraft	300
I. Formelle Rechtskraft	300
1. Urteile	300
2. Beschlüsse	300
II. Materielle Rechtskraft (Urteile)	300
1. Die Funktion der Rechtskraft	300
2. Der Umfang der Rechtskraft	301
3. „Ergänzungsklage“	301
4. Das „Wesen“ der Rechtskraft	301
5. Der Wegfall der Rechtskraft	302
6. Vorfragenkompetenz	302
7. Die internationale Geltung	302
III. Materielle Rechtskraft (Beschlüsse)	303
Fälle und Fragen	303

§ 33. Besondere Verfahrensarten	304
I. Das Strafbefehlsverfahren, §§ 407 ff.	304
1. Bedeutung	304
2. Anwendungsbereich	304
3. Verfahren	304
4. Der Einspruch gegen den Strafbefehl	305
5. Die Hauptverhandlung nach Einspruch	305
6. Die Rechtskraft des Strafbefehls	306
II. Das beschleunigte Verfahren, §§ 417–420	306
1. Voraussetzungen und Verfahrensablauf	306
2. Kritik	307
III. Das Sicherungsverfahren, §§ 413–416	307
IV. Das Verfahren gegen Abwesende, §§ 276–295	308
Fälle und Fragen	308
§ 34. Rechtsmittel: Allgemeine Regeln	309
I. Rechtsbehelfe und Rechtsmittel	309
1. Begriffe und Einteilungen	309
<i>Übersicht 24: Rechtsbehelfe</i>	309
2. Die Funktion der Rechtsmittel	310
II. Zulässigkeit	310
1. Statthaftigkeit	310
2. Aktivlegitimation	311
3. Beschwer	312
4. Form und Frist	313
III. Teilanfechtung und Teilrechtskraft	313
1. Mehrere Taten	313
2. Eine Tat	314
IV. Das Verbot der <i>reformatio in peius</i>	315
V. Verzicht und Rücknahme	316
Fälle und Fragen	317
§ 35. Die Berufung	318
I. Zulässigkeit	318
1. Statthaftigkeit	318
2. Form und Frist	318
3. Berufung und Wiedereinsetzung	318
4. Begründung	318
5. Unbestimmtes Rechtsmittel	318
6. Annahmeverufung	318
7. Rechtsfolgen	319
II. Der Gang des Verfahrens	319
1. <i>iudex a quo</i>	319
2. Zulässigkeit	319
3. Vorbereitung der Hauptverhandlung, § 323	319
4. Verfahrenshindernisse	320
5. Die Hauptverhandlung	320
6. „Versäumnisurteil“, § 329	320
7. Aufhebung und Zurückverweisung	321
III. Die Sachentscheidung des Berufungsgerichts	321
1. Unbegründete Berufung	321
2. Begründete Berufung	321
Fälle und Fragen	321

§ 36. Revision	322
I. Grundlagen	322
1. Das Prinzip	322
2. Die Zwecke	322
3. Die „erweiterte“ Revision	323
II. Revisionsgründe	324
1. Gesetzesverletzung	324
2. Beruhen	326
<i>Übersicht 25: Absolute Revisionsgründe, § 338</i>	327
3. Sachrüge	327
4. Verfahrensrüge	328
III. Zulässigkeit	331
1. Statthaftigkeit, §§ 333, 335	331
2. Form und Frist der Einlegung, § 341	331
3. Revisionsanträge, § 344 Abs. 1	331
4. Begründung, § 344	332
5. Begründungsschrift, § 345	332
IV. Verfahren und Entscheidungen	332
1. Vorprüfung durch das Tatgericht, § 346	332
2. Beschlusentscheidungen des Revisionsgerichts, § 349	333
3. Die Hauptverhandlung, §§ 350, 351	333
4. Die unbegründete Revision	334
5. Die begründete Revision, §§ 353, 354	334
6. Verletzung des rechtlichen Gehörs, § 356a	336
7. Revisiönerstreckung auf Mitangeklagte, § 357	336
Fälle und Fragen	337
§ 37. Die Beschwerde	338
I. Überblick	338
II. Die (einfache) Beschwerde, § 304	338
1. Statthaftigkeit	338
2. Beschwerdeberechtigung	338
3. Der Ausschluss der Beschwerde	339
4. Das zuständige Gericht	339
5. Beschwer: Prozessuale Überholung	339
6. Entscheidungen	339
III. Die sofortige Beschwerde, § 311	340
IV. Die weitere Beschwerde, § 310	340
Fälle und Fragen	340
§ 38. Die Wiederaufnahme des Verfahrens	341
I. Grundlagen	341
1. Zielkonflikte	341
2. Anwendungsbereich, §§ 359ff.	341
3. Gründe	341
4. Beschwer	341
5. Grundzüge des Verfahrens	342
II. Die Wiederaufnahme zugunsten des Verurteilten, § 359	342
1. Die Gründe Nr. 1–4, 6	342
<i>Übersicht 26: Wiederaufnahmegründe, § 359</i>	342
2. Neue Tatsachen oder Beweismittel, Nr. 5	343
III. Die Wiederaufnahme zuungunsten des Angeklagten, § 362	343
IV. Verfahren: Die Zulässigkeit, §§ 363–368	344

V. Verfahren: Die Begründetheit, §§ 369 ff.	344
VI. Die erneute Hauptverhandlung, § 373	345
VII. Entschädigung	346
Fälle und Fragen	346
§ 39. Die Beteiligung des Verletzten am Verfahren	347
I. Überblick	347
II. Privatklage, §§ 374 ff.	347
1. Bedeutung	347
2. Anwendungsbereich	348
3. Privatkläger – Staatsanwaltschaft	348
4. Verfahren	348
5. Verfahrensbeendigung	349
6. Rechtsmittel	349
III. Nebenklage, §§ 395 ff.	349
1. Die Interessenlage	349
2. Die Anschlussbefugnis	350
3. Der Anschluss	350
4. Die Rechte des Nebenklägers	351
5. Rechtsmittel	351
IV. Das Adhäsionsverfahren, §§ 403 ff.	352
1. Bedeutung	352
2. Zulässigkeit	353
3. Verfahren	353
4. Entscheidung	354
5. Rechtsmittel, § 406a	354
V. Sonstige Befugnisse des Verletzten, §§ 406d ff.	355
1. Beteiligungsrechte	355
2. Akteneinsichtsrecht, § 406e	356
VI. Entschädigung	356
1. Opfer von Gewalttaten	356
2. Schadenswiedergutmachung	357
3. „Zurückgewinnungshilfe“	357
4. Opferanspruchssicherungsgesetz	357
Fälle und Fragen	357
§ 40. Die Kosten des Verfahrens	357
I. Begriff	357
II. Bemessung	358
III. Kostenträger	358
IV. Kosten und Auslagen bei Rechtsmittel	359
Fälle und Fragen	359
Kommentierungshinweise	361
Lösungshinweise für die Fälle und Fragen	365
Sachverzeichnis	397